

Nachfolgend dokumentieren wir die Landtagsdebatte vom 25. Juni 2004 zu den Anträgen "Für eine humanitäre Altfallregelung 2004" - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/1132 und "Bleiberecht für ethnische Minderheiten aus dem Kosovo" - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/1148. Beide Anträge wurden zur weiteren Behandlung in die Ausschüsse verwiesen. Folgende Aspekte sind bemerkenswert:

- Den Ausführungen des CDU-Abgeordneten Hans-Christian Biallas läßt sich entnehmen, dass die CDU der Einrichtung einer Härtefallkommission kritisch bis ablehnend gegenüber steht: Biallas tendiert dazu, Härtefallentscheidungen im Rahmen des Petitionsverfahrens zu treffen und dabei ggfs. ein positives Votum von privaten Bürgerschaftserklärungen Dritter abhängig zu machen. (Der niedersächsische Innenminister Schönemann hat im Interview mit Radio Flora bereits erklärt, dass er von der Einrichtung einer Härtefallkommission nichts hält.) Der Abgeordnete Gansäuer (CDU) betrachtet die Rückkehr ethnischer Minderheiten als eine Art pädagogisches Programm zur Erziehung der Kosovaren/innen, die lernen sollen, sich multiethnisch zu organisieren. Dabei ignoriert er, dass die Menschen, um die es bei der Bleiberechtskampagne geht, oft längst ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben und nicht einfach zum Instrument zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele gemacht werden können. Eine Unterstützung für eine Sonderregelung zugunsten von ethnischen Minderheiten aus dem Kosovo oder gar für eine allgemeine Bleiberechtsregelung ist von der CDU Niedersachsen wohl kaum zu erwarten.

- Die Abgeordnete Jutta Rübke (SPD), die für den krankheitsbedingt abwesenden Abgeordneten Klaus-Peter Bachmann in die Bresche gesprungen ist, vertritt die Notwendigkeit einer Bleiberechtsregelung in einer klaren Sprache und überzeugenden Form. Zu Recht verweist aber der Abgeordnete Riese (FDP) darauf, dass es zumindest auch ihr Parteikollege Otto Schily war und ist, der eine Bleiberechtsregelung bislang verhindert (hat). Womöglich eignet sich der Antrag der SPD wie auch seine Begründung, um die SPD in anderen Bundesländern wie auch auf Bundesebene für eine entsprechende Politik zu gewinnen..

- Der Abgeordneten Georgia Langhans (Grüne) gebührt das Verdienst, die Bleiberechtsforderung immer wieder engagiert im Landtag zum Thema zu machen und dabei ausdrücklich insbesondere auch ein Aufenthaltsrecht für ethnische Minderheiten aus dem Kosovo einzufordern. Auch ihr wird man allerdings sagen müssen, dass ihre Partei auf Bundesebene nicht das einlöst, was sie auf Landesebene fordert.

- Der Abgeordnete Roland Riese (FDP) verweist zwar am Rande auf die abgeschwächte Bleiberechtsregelung in dem Gesetzesentwurf der FDP für ein Zuwanderungsgesetz aus dem letzten Jahr, sieht sich gleichzeitig jedoch genötigt, unter Bezugnahme auf Brecht eine "Widerstandspflicht" gegen das "Unrecht" eines generellen Bleiberechts für langjährig geduldete Flüchtlinge zu proklamieren.

Es ist geplant, zum diesjährigen "Tag des Flüchtlings" in allen Bundesländern noch einmal Pressekonferenzen zum Thema "Bleiberecht für Geduldete" durchzuführen. Die Dokumentation unserer gemeinsamen Anhörung zu diesem Thema am 4.6.2004, die auch in der Plenardebatte mehrfach angesprochen wird, dürfte bis dahin fertig sein und wird hoffentlich die weitere öffentliche Debatte zum Thema beflügeln.

gez. Kai Weber